

Wirtschaftsdienst

Herausgegeben von der Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 24.— Mark

In Kommission bei Otto Melchners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchauffee 12. Fernspr. Gr. 1, 2447—51

Nr. 22	Hamburg, den 31. Mai	1918
--------	----------------------	------

Inhalt

Die weltpolitische Bedeutung des japanisch-chinesischen Waffenbundes	Seite 487	Weltwirtschaftliche Übersichten	
Behandlung der Deutschen auf den Philippinen	" 489	Geld und Kapital	Seite 500
Der Niedergang der russischen Werte	" 491	Schiffahrt und Schiffbau	" 501
Die koreanischen Eisenbahnen unter japanischer Verwaltung	" 492	Rohstoffe und Warenmärkte	" 503
Rhodesien	" 494	Vermischtes	" 505
Das Währungsabkommen mit der Ukraine	" 497	Wichtige Neueingänge	" 506
Die Konsolidation der Siegerländer Eisenindustrie ..	" 498		

(Nachdruck mit Genehmigung der Zentralstelle gestattet)

Die weltpolitische Bedeutung des japanisch-chinesischen Waffenbundes

Das Waffenbündnis zwischen Japan und China ist laut telegraphischen Nachrichten am 16. Mai unterzeichnet. Nach Erklärung des neuen japanischen auswärtigen Ministers, Baron Goto, verfolgt das Abkommen hauptsächlich den doppelten Zweck, der Aufrechterhaltung des Friedens im fernen Osten und der Abwehr gegen die deutsche Gefahr zu dienen, insbesondere die für diese Aufgaben nötigen militärischen Vorbereitungen gemeinsam zu treffen.

Die näheren Bestimmungen des Abkommens sind unbekannt und werden kaum veröffentlicht, vielleicht nicht einmal den Verbündeten völlig bekanntgegeben werden. Die zahlreichen telegraphischen Kommentarmeldungen haben daher keine sichere Unterlage. Man kann aber aus den bekannten japanischen Zielen, aus der Lage in China und besonders der Tatsache, daß der Abschluß durch den unbedingten Gefolgsmann Japans, den wieder zur Macht zurückgekehrten Ministerpräsidenten Tsuru Tschi-jui, erfolgt ist, schließen, daß in dem Vertrage selbst oder in Ergänzungsverträgen Reorganisation des chinesischen Heeres (Ausrüstung und Ausbildung), desgl. der Marine, der Polizei, der Finanzen und der Verkehrsverwaltung mit Hilfe und unter Leitung Japans vorgesehen ist neben den Bestimmungen über die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Ordnung in China, d. h. japanischen Heereslieferungen und Truppen sendungen für die Unterwerfung des Südens, sowie über die daran vielleicht anschließende gemeinsame Expedition nach Sibirien.

Mit dem Abschluß des Waffenbundes hat Japan, wenigstens auf dem Papier, alles erreicht, was die kühnste Phantasie japanischer Politiker als Programm aufstellte: Ein ganz von Japan geleitetes China, dessen große militärischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten nunmehr zunächst zur Stärkung Japans,

aber zugleich im Sinne der asiatischen Monroe doktrin, des von Japan zu führenden und von den weißen Mächten unabhängigen Ostens entwickelt werden können und sollen. Für die nahe wirtschaftliche Zukunft bedeutet das Abkommen trotz aller japanischen Erklärungen der offenen Tür in China weitgehende Bevorzugung Japans bei der Ausnutzung der wirtschaftlichen Möglichkeiten Chinas, wobei Deutschland besonders schlecht abschneiden wird, während England zweifellos Garantien für seinen Handel und namentlich seine Pankas-Interessen erhalten hat, und Amerika Ansprüche durch das Zugeständnis der Kapitalbeteiligung bei zahlreichen gemischt japanisch-amerikanischen Unternehmungen einigermaßen befriedigt werden, wenigstens solange noch, wie Japans Kapitalkraft für die Größe der zu lösenden Aufgaben nicht ausreicht.

Fern aber am äußersten Horizont der Zukunft erhebt sich noch schattenhaft, aber riesengroß das Gespenst der gelben Gefahr, eines gewaltigen Zusammenstoßes der weißen und gelben Welt, eines in ungezählten Millionen von Osten gegen Europa herankriechenden gelben Heerwurms.

Als vor einem Jahre die amerikantisch-englischen Bemühungen um Chinas Kriegsbeteiligung das Reich in die noch heute andauernden Wirren gestürzt hatten und die Presse wegen der die Tatsachen verdunkelnden englischen Falschberichte die Entwicklung noch nicht übersehen konnte und daher im Ministerpräsidenten Tsuru Tschi-jui nach wie vor ein angloamerikanisches Werkzeug sah, wies ich bereits in Nr. 24 von 1917 darauf hin, daß dieser wahrscheinlich „Anfang März den Anschluß an Japan in einem Geheimvertrag vollzogen hat und seitdem unter japanischen Direktiven handelt“; ich stellte bereits als mögliches „letztes Ergebnis der deutschfeindlichen angloamerikanischen Politik“ die

Möglichkeit hin eines „japanischen Einmarsches in China als Hüter der chinesischen Ordnung und beauftragter Schützer der fremdstaatlichen Interessen“ und betonte, daß „aus dem Wirrwarr in China Japan und nur Japan allein großen Vorteil ziehen wird.“ Diese damals gewagten Kombinationen sind jetzt im wesentlichen eingetroffen. Japan schickt sich an, seine chinesische Ernte unter Dach zu bringen, ehe sie beeinträchtigt oder gar vernichtet wird durch die Auswirkungen des deutschen Gewitters, das über Erwarten schnell und furchtbar an der Westfront über die Alliierten hereingebrochen ist. Und wieder sind es die Verbündeten selbst, die Japan ungewollt dem Ziele seiner egoistischen Absichten näher bringen. Die Furcht vor einer deutschen Expansion über die Grenzen des europäischen Rußland hinaus hat zur Forderung einer japanischen Intervention in Sibirien geführt. England fürchtet, wie Lord Cecil wiederholt äußerte, die Ausweitung der deutschen Interessen über die sibirische und kaukasische Grenze, die Fusion der deutsch-russischen Macht zu gemeinsamer Expansion nach Asien, den völligen Durchbruch des vom Welthandel absperrenden Ringes um Mitteleuropa, wodurch die wirtschaftliche Fortsetzung des immer aussichtsloser werdenden Krieges zur Unmöglichkeit wird und außerdem die deutschen Kanonen sich über Persien hin auf das indische Kronjuwel richten. Japans Kriegsaufgabe aber, das ist oft genug erklärt, ist die Aufrechterhaltung des Friedens in Asien, der Schutz der dortigen englischen, territorialen Interessen. Ob, was behauptet wird und sehr wahrscheinlich ist, neben dem englisch-japanischen Bündnisvertrag noch weitere besondere Geheimabkommen mit England hierüber geschlossen sind oder nicht, jedenfalls begang Japans Gegenleistung für Englands Unterstützung eines Chinaprogramms, die sich bis dahin wesentlich auf Flottenoperationen (und wohl auch einen Druck auf Indien, das sonst kaum so ruhig geblieben wäre) beschränkte, in dem Augenblick fällig zu werden, als Rußland sich zum Sonderfrieden genötigt sah. Von den ersten Tagen Kerenskis an hat England offen und wiederholt in Petersburg mit einem japanischen Eingreifen gedroht, durchaus nicht zur Freude Japans, das es mit Rußland nicht verderben wollte und sich schließlich, als nach vollzogenem Sonderfrieden Englands seine Forderungen bei Japan geltend machte, geschickt hinter Amerikas widerprechender Auffassung der in Rußland einzuschlagenden Politik verschanzte. Das neue deutsche Vordringen in Rußland und die Niederlage an der Westfront haben Japan aber zur Entscheidung genötigt. Man darf vermuten, daß neben der angekündigten gemeinsamen chinesisch-japanischen Sibirienaktion auch japanische Hilfe in Mesopotamien und eventuell Persien zugesagt ist. Aber nur zugesagt, denn der sofortigen Verwirklichung hat sich Japan durch Hinweis auf die vorher notwendige Herstellung geordneter Verhältnisse in China und der vorher zu vollendenden chinesischen und eigenen Rüstungen für einige Zeit noch geschickt entzogen. So erhielt England Zukunftsversprechungen, während Japan mit Zustimmung der Verbündeten China unter seine Herrschaft beugt, ein Meisterzug japanischer Diplomatie.

Mit Macht trifft Japan bereits seine Vorbereitungen. Es hat eine große Untersuchung über die Leistungsfähigkeit der Kriegsindustrie veranstaltet, die, wie im Parlament mitgeteilt wurde, für die jetzigen Aufgaben, wenn auch nicht für die größeren der Zukunft ausreicht. Ferner wurden im Februar bereits Gesetzentwürfe eingereicht, um alle irgendwie für Kriegsbedarfsversorgung geeigneten Betriebe dem Kriegsministerium zu unterstellen, nach dem sorgfältig studierten Vorbild der anderen kriegführenden Staaten. Außerdem sind im Budget neue große Mittel für die Verteilung der Heeresrüstungen, insbesondere der Artillerie, ausgeworfen, obwohl erst im vorigen Jahre das große Marine-

programm genehmigt ist. Die Ausbildung von vier Musterdivisionen in China ward bereits im Vorjahre in die Wege geleitet, und die erste Waffenlieferung ist am 5. Februar in Schinwangtau gelandet (324 Feldgeschütze bzw. Gebirgsgeschütze, einige 100 Maschinengewehre, 50 000 Gewehre, 5 Mill. Patronen, im Wert von 10 Mill. Yen). Der ursprüngliche Waffenlieferungsvertrag lautete auf 30 Mill. Yen gegen Anleihe, wurde aber auf chinesische Beunruhigung hin auf 10 Mill. herabgesetzt. Jetzt wird wohl eine bedeutende Erhöhung erfolgen. Im Zusammenhang hiermit wird wohl die Übernahme der Leitung der chinesischen Arsenale, Eisenwerke usw. erfolgen, die bereits seit einem Jahre wiederholt von japanischen Bevollmächtigten besichtigt wurden. Als militärischer Berater der chinesischen Regierung funktioniert Generalleutnant Aoki.

Mit der Durchführung des Waffenvertrages hat Japan eine schwierige Aufgabe übernommen. Groß werden die finanziellen Anforderungen sein, die durch die doppelte Rüstung, des eigenen und chinesischen Heeres, entstehen, groß aber vor allem die Schwierigkeit, den inneren Frieden in China herzustellen und die neue Regierung so aufzubauen und zu konsolidieren, daß der jetzt aufgezwungene Bund auch Bestand hat, wenn die weißen Mächte mit Friedensschluß wieder freie Hand bekommen und ihren Einfluß in China geltend zu machen suchen. Dreierlei ist dafür nötig: Schonung des Nationalgefühls der Chinesen, was namentlich bei Überschneidung der territorialen Interessen in Schantung, der Mandschurei usw. außerordentliche Geschicklichkeit erfordert; tiefe Verankerung des japanischen Einflusses in der gesamten Verwaltung, sowie Fusion der wirtschaftlichen Interessen durch wechselseitige japanisch-chinesische Beteiligung bei wirtschaftlichen Unternehmungen, um möglichst viele einflußreiche Partner unter den Chinesen zu haben. Mit großer Geschicklichkeit hat Terautski bisher in diesem Sinne seine Politik unter möglichster Vermeidung offenen Eingreifens durch chinesische Mittelspersonen geführt, ohne allerdings verhindern zu können, daß das Spiel von denkenden Chinesen durchschaut wurde. Aber er hat doch in gut einem Jahre mit seiner „non interference“-Politik erreicht, was Okuma seinerzeit mit plumper Provokations- und Gewaltpolitik nicht durchzuführen vermochte. Allerdings war Terautskis Aufgabe weit leichter. Englands Aktionsfähigkeit ward in Europa fast völlig absorbiert, und Amerikas Einfluß ging stetig mit den wachsenden Konsequenzen der Kriegsbeteiligung zurück. Der Mißerfolg der zum inneren Frieden mahnenden Wilsonnote an China vom 6. Juni ist der Markstein für diesen Wandel, der im Tshü-Lansing-Abkommen Anfang November durch Anerkennung der Sonderstellung Japans in China aller Welt offenbar wurde.

Auch China selbst hat Terautski seine Aufgabe erleichtert. Wenn die Gegner Suan Tschi-juis sich vor Augen gehalten hätten, daß die gegenwärtige Zeit gänzlich ungeeignet ist zur Austragung der innerpolitischen Gegenläufe, der demokratischen Ideen gegen die Militäradokratie, der Interessen des Südens gegen den Norden, daß jede Verlängerung des Zwistes die Nordregierung nur immer mehr in die ausgebreiteten Arme Japans trieb, wenn nur ein Rest nationalen Verantwortlichkeitsgefühls in China gelebt hätte, so würden sie jede Gelegenheit benutzt haben, um rechtzeitig ein — selbst ungünstiges — Abkommen mit den im Norden sitzenden Rivalen Suans zu treffen. Präsident Feng sowohl wie einige Gouverneure der Yangtse-Provinzen haben, wenn auch durchaus nicht aus nationalen Gründen, vergeblich zum Kompromiß zu kommen versucht. Die unverantwortliche Halsstarrigkeit Yun Sat-sens und noch mehr der Mandarinenehrgeiz eines Lu Yung-ting und Tang Ki-hau haben die Einigung verhindert. Letztere mögen in einem Kompromiß mit dem Norden

vielleicht jetzt noch leidlich davon kommen. Die demokratischen Hoffnungen sind dahin und haben nur dazu gedient, Japan seine Aufgabe zu erleichtern. So hat es Serauschi bisher verhältnismäßig leicht gehabt. Er brauchte nur die destruktiven Elemente heimlich fördern. Und wenn er jetzt beim Wiederaufbau vor Aufgaben gestellt ist, die wahrscheinlich ein direktes Eingreifen japanischer Truppen in China zur Folge haben, so wird er ein gut Teil des daraus für Japan entstehenden Übiums auf die unverständigen chinesischen Politiker abwälzen können, denn weite Kreise, namentlich in der chinesischen Geschäftswelt, wün-

schen nichts dringlicher, als Wiederherstellung der Ordnung. Da mag selbst der nationale Gedanke zurücktreten.

Japan hat somit gute Aussichten, seine chinesischen Ziele zu verwirklichen. Wir werden daher mit einem japanisierten China für die Zeit nach Friedensschluß rechnen müssen, wenn nicht die Ereignisse im Westen zur Entscheidung führen, bevor Japan China völlig unterjocht hat, so daß auch die chinesische Frage auf dem Friedensstisch ausgerollt werden kann.

Dr. Paul Heile

Behandlung der Deutschen auf den Philippinen

In Nr. 20 des „Wirtschaftsdienst“ ist bereits darauf hingewiesen worden, daß das Gesetz der Vereinigten Staaten, betreffend den Handel mit dem Feinde, vom 6. Oktober 1917 auch auf den Philippinen Anwendung findet. Die dort erwähnte Hoffnung beteiligter Kreise, daß von seiner Anwendung wohl Abstand genommen würde, weil bei der Bedeutung der deutschen Geschäfte die philippinischen Interessen andernfalls stark in Mitleidenschaft gezogen werden würden, hat sich nicht erfüllt. Vielmehr ist aus den letzten vorliegenden Nachrichten („Manila Times“ von Februar und März) ersichtlich, daß am 16. Februar eine größere Anzahl deutscher Firmen auf den Philippinen von dem Generalgouverneur Francis Burton Harrison im Auftrage und in Vertretung des Treuhänders für das feindliche Vermögen in Washington unter Zwangsaufsicht genommen wurde. Der Bruder des Generalgouverneurs, Archibald Harrison, wurde zum Bevollmächtigten für die Aufsicht über feindliche Geschäfte ernannt. Auch die Niederlassungen in der Provinz wurden vorläufig von der Polizei geschlossen, um dem Treuhänder überwiesen zu werden. Zunächst verlautete, daß die Geschäfte unter der Oberaufsicht der amerikanischerseits bestellten Aufseher alsbald wieder eröffnet und in der bisherigen Weise weitergeführt werden sollten. Auch das Personal der Firmen sollte weiterbeschäftigt werden. Auf eingehendere Weisungen von Washington hin wurden dann aber doch unter dem Vorwande, infolge der Geschäftsaufsicht seien die Inhaber und ein Teil der Angestellten beschäftigungslos geworden, zahlreiche Geschäftsführer und Angestellte zum Zweck des demnächstigen Abtransportes nach den Vereinigten Staaten festgenommen und interniert. Anderen Firmen, welche Deutsche beschäftigten, scheint von den Behörden bedeutet worden zu sein, die Beibehaltung feindlicher Angestellter sei unerwünscht.

Betroffen werden nach Angabe der erwähnten Quelle von der Aufsicht zunächst folgende Manila-Firmen, denen als Aufseher, d. h. als zeitweilige Geschäftsleiter, vorgekehrt wurden:

Behne, Meyer & Co.	Aufseher: W. D. Pemberton
Fröhlich & Ruttner	„ R. M. McCrory
A. R. Richter & Co.	„ Oscar Campbell
A. G. Sibrand Siegert	„ F. A. Thompson
Manila Drug Company (German Dispensary)	„ J. S. Smith
United States Paper and Hardware Company (Schmidt & Ziegler)	„ Adolph Spizel
German & Co. Ltd.	„ Charles S. Derham
W. Cooper Company	„ A. H. Bishop
Struckmann & Co.	„ R. M. McCrory

Die „Manila Times“ vom 18. Februar liefert zu dieser Liste folgenden Kommentar:

Behne, Meyer & Co., eine englische Gesellschaft, eingetragen unter den Gesetzen der Straits Settlements, war bei Ausbruch des Krieges vielleicht die größte Firma am Platze.

Ihre Haupttätigkeit bestand im Import- und Exportgeschäft, aber auch in Verschiffungs- und Versicherungsgeschäften. Sie hat große Gummipflanzungen im Süden. J. M. Menzi war Direktor der Firma, Herr Wendt in der Schifffahrtsabteilung, R. Petrich in der Einfuhrabteilung, S. Jacobi gleichfalls in der Einfuhrabteilung und W. Kellinghusen in der Produktionabteilung. In der Firma waren ferner tätig: E. Fahrländer, A. Haffelquist, Moritz Herrmann, O. Lombeck, W. Thöl, P. Schild und G. Urt.

Nächst ihr ist die Firma G e r m a n n & C o. Ltd. die bedeutendste und vielleicht sogar größer als sie. Sie hat ein Import- und Exportgeschäft, Ingenieurbureaus und Versicherungs-Agenturen, sowie eine Niederlassung in Iloilo. Im letzten Geschäftsbericht ist Otto Luyken aus Hamburg als Chef angegeben, ferner Robert Hermann, von dem man annimmt, daß er sich in der Schweiz oder in Deutschland aufhält. O. Kanst, augenblicklich in Manila, ist der dritte Direktor. M. Habenfeldt, G. de Vivanco und W. Ihm sind ermächtigt, für die Firma zu zeichnen. W. Thiele, E. O. Schnitter, A. H. Schmidt, Hans Bünning, A. Forster, Leo Schmidt, E. Krohn, E. Stolle und E. F. Lindner sind in der Ingenieurabteilung tätig. A. Eibler ist beratender Ingenieur, A. Pistor Elektro-Ingenieur, C. S. Udermann und F. Haas sind Assistenten.

Eine andere bedeutende Firma sind Fr ö h l i c h & R u t t n e r, Importeure und Exporteure. Von den drei Teilhabern sind E. Ruttner und Ed. Anhold abwesend, W. Neumark ist der einzige Vertreter in Manila.

Von den drei Teilhabern der Firma S t r u c k m a n n & C o. sollen W. Waage und C. Struckmann in Hamburg sein, während G. Strebel sich in Manila befindet.

Die Firma A. G. S i b r a n d S i e g e r t, Drogerie und Nlang-Nlang-Brennerei, wird von A. Thompson in Firma W. S. Anderson & Co. beaufsichtigt.

Die United States Paper and Hardware Company ist eine Gesellschaft unter philippinischem Recht. S. A. Presby ist Inhaber der meisten Aktien. Die anderen Aktieninhaber sind Philippinos. Die Gesellschaft hat die Interessen von Schmidt & Ziegler erworben, und es ist möglich, daß die Firma unter Aufsicht gestellt wurde, weil Karl Ziegler deutscher Offizier ist und sich seit Ausbruch des Krieges in Europa befindet.

Zwei weitere Firmen auf der Escolta sind auch unter Aufsicht gestellt worden: A. R i c h t e r & C o., und die Deutsche Apotheke, für welche J. S. Smith, ehemals Angestellter der Botica Boie (?), Aufseher ist. Die Deutsche Apotheke, früher im Eigentum von Stahl & Rümker, die sich jetzt beide in Deutschland befinden, wurde jüngst an eine philippinische Gesellschaft, die Manila Drug Company, übertragen, von der die Aktienmehrheit in Deutschland gehalten wird. Es ist das die älteste Drogerie der Philippinen.

Die C o o p e r C o m p a n y wurde von Harry Cooper, einem